

Katastrophenminister Schojgu als Rettungsanker des Jelzin-Regimes?

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (1999). *Katastrophenminister Schojgu als Rettungsanker des Jelzin-Regimes?* (Aktuelle Analysen / BIOst, 39/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48141>

Nutzungsbedingungen:

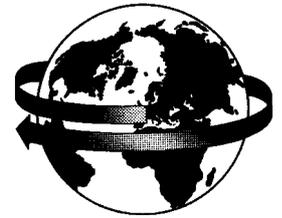
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 39/1999

5. Oktober 1999

Katastrophenminister Schojgu als Rettungsanker des Jelzin-Regimes?

Zusammenfassung

Wenige Monate vor der Duma- und den Präsidentschaftswahlen sind die Jelzin-Führung und die in ihrem Auftrag arbeitenden Wahlmanager offenbar zu der Überzeugung gelangt, daß es kaum Aussichten auf ein demokratisches Votum für das herrschende Regime gibt. Da seine Vertreter offenbar selbst einen Sieg der Lushkow-Primakow-Gruppe als Bedrohung ihrer Interessenlage sehen, fiel im Spätsommer 1999 die Entscheidung für die Gründung einer neuen – als überparteilich apostrophierten – Bewegung, die im Vertrauen auf die Durchsetzungsfähigkeit der Gouverneure ausreichend große Segmente der regionalen Elektorate gewinnen soll. Zum Führer dieser Bewegung "Jedinstwo" wurde der Minister für Katastrophenfälle S. Schojgu bestimmt. Wichtiger als eine gewisse Anzahl von Duma-Sitzen ist für die staatlichen Wahlplaner freilich, daß sich dadurch die Chancen für einen aus der Sicht des Präsidenten würdigen Nachfolger verbessern lassen. Im Unterschied zu 1996 kann das Ausland den Gang der inneren Auseinandersetzungen offenbar kaum beeinflussen.

Während die Bevölkerung Rußlands ganz vornehmlich damit beschäftigt ist, sich ein ausreichendes materielles Auskommen – gerade auch angesichts des bevorstehenden Winters – zu verschaffen, stellen sich die verschiedenen Eliten des Landes zunehmend auf einen mehr oder weniger ausgeprägten Wandel des politischen Systems ein. Die Dramatik der gegenwärtigen Lage ergibt sich aus einem Appell, den Mitte September 61 von 104 anwesenden Mitgliedern des Föderationsrates an Präsident Jelzin gerichtet haben. Dort heißt es unter anderem:¹

Das Ergebnis Ihres ökonomischen und politischen Kurses sind der Niedergang der Wirtschaft, eine gewaltige Verminderung der Verteidigungsfähigkeit des Landes, der Rückgang des Lebensstandards des Volkes und die Verschärfung interethnischer Beziehungen. In der letzten Zeit haben die Krise der Exekutive, die sozioökonomischen Erschütterungen, das Hervortreten von nationalistischem Separatismus in extremen Formen ... und die systematischen brutalen Verletzungen der verfassungsmäßigen Rechte und der gesetzlichen Interessen der Russen die gesellschaftspolitische Lage weiter verschärft und Rußland vor die Wahl gestellt: entweder ein sofortiger und entschlossener Wechsel des politischen und ökonomischen Kurses – oder der tragische Zerfall der Föderation und der Untergang des Russischen Staates. Ausgehend von den höchsten Interessen der Heimat fordert Sie der Föderationsrat auf, sofort und freiwillig vom Posten des Präsidenten zurückzutreten.

¹ Wortlaut des Appells der Gouverneure in: Kommersant-Daily, 18.9.1999 (elektr. Version).

Die Moskauer Strategieplaner haben trotz dieses Votums eines Teils der Mitglieder des Föderationsrates nicht kapituliert und ihre Planungen für ein regimefreundliches Szenario fortgesetzt.

Die neue Gouverneursbewegung "Jedinstwo" und ihr Führer Sergej Schojgu

Angesichts der sich seit 1997 ständig verbessernden Wahlchancen des Moskauer Bürgermeisters Ju. Lushkow, die sich im Frühjahr 1999 durch die Verbindung mit dem populären Je. Primakow weiter verbessert haben, und angesichts der minimalen Chancen der früheren "Partei der Macht" "Unser Haus Rußland" haben sich verschiedene "Machttechnologien" seit Anfang 1999 um die Kreierung einer neuen, unverbrauchten "Gouverneurspartei" bemüht. Solche Aktivitäten wurden offenbar nicht nur innerhalb der Präsidentialadministration, sondern auch von einzelnen Politikern und Regierungsmitgliedern unternommen. Zu diesem Personenkreis sollen auch Boris Beresowskij und der Minister für Ausnahmesituationen Sergej Schojgu gehört haben. Letzterer beansprucht für sich wesentliche Verdienste am Zustandekommen des Blocks "Wsja Rossija".² Als es aber in den folgenden Monaten zu einem Wahlbündnis zwischen der Organisation "Otetschestwo" Lushkows und dem genannten Block unter dem Präsidenten Tatarstans Schajmijew kam, mußte nach einer neuen regierungsfreundlichen Organisation gesucht werden. Beresowskij soll im Sommer durch persönliche Konsultationen mit Gouverneuren Sibiriens und des Uralgebietes eine ausreichende Basis geschaffen haben.³

Am 20. September wurde ein Appell veröffentlicht, den 39 Gouverneure und Chefs der Volksvertretungen von Föderationssubjekten unterschrieben hatten, in dem massive Kritik am bisherigen Verlauf der Wahlkampagne geübt wurde:⁴ "Die Wahlkampfdemagogie der bekannten Wahlblöcke und -bewegungen füllt wiederum die Seiten der Zeitungen und Zeitschriften und die Gesichter ihrer Führer füllen die Bildschirme der Fernseher. Wir sind zur Teilnahme an diesen – mit Verlaub gesagt – zweifelhaften Spielen nicht bereit, sind aber auch nicht gewillt, die Herabwürdigung des Landes und der Menschen länger anzusehen." Nicht alle Unterzeichner waren offenbar darüber in Kenntnis gesetzt worden, daß gleichzeitig eine politische Bewegung aus der Taufe gehoben werden sollte; nur so ist zu erklären, daß in den folgenden Tagen mehrere Personen auf ein entsprechendes Engagement verzichtet haben. Während einerseits sofort bestätigt wurde, daß "die Regierung" und/oder die Administration als Initiatoren fungiert hatten, erweckten die während der nächsten Tage entfalteten Aktivitäten den Eindruck, daß um die personellen und sachlichen Modalitäten der neuen Bewegung, insbesondere um die konkrete Ausgestaltung des gleichzeitig annoncierten Bündnisses zwischen der "Überregionalen Bewegung Jedinstwo" und "Unser Haus Rußland" ernsthafte Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden.

Bereits am 21. September existierte eine "Initiativgruppe" für die neue Bewegung, als deren Koordinator A. Nasarow, Verwaltungschef des Autonomen Gebiets der Tschuktschen (Ferner Osten) in Erscheinung trat. Nasarow ließ sofort über ITAR-TASS verbreiten, daß S. Schojgu die Nr. 1 auf der föderalen Liste der "Jedinstwo", nach erfolgten Parlamentswahl auch der "konsolidierende Führer der Abgeordneten aus den Regionen in der Duma" und schließlich danach auch Kandidat für die Präsidentschaft sein sollte. Schojgu versuchte den Eindruck zu erwecken, daß er erst nach einer längeren Bedenkzeit zur Übernahme dieser Funktion bereit gewesen sei, daß er aber keineswegs die Präsidentschaft anstrebe.⁵ Mit den Führern der Bewegung "Unser Haus Rußland", W.

² Moskovskij komsomolec, 23.9.1999 (elektr. Version). Der Moskauer Bürgermeister Ju. Lužkov war sich sofort darüber im klaren, daß derartige Bestrebungen in erster Linie gegen seine Bewegung "Otečestvo" gerichtet sind (Segodnja, 28.9.1999, elektr. Version).

³ Über die beachtlichen Aktivitäten B. Berezovskijs im Sommer 1999 wird in Moskovskie novosti, Nr. 32/1999, S. 3 berichtet. Eine Verbindung zwischen den Reisen von B. Berezovskij und der Entstehung der neuen Bewegung vermutet die Journalistin O. Borisova (Trud, 28.9.1999 – elektr. Version).

⁴ Nezavisimaja gazeta, 22.9.1999 (elektr. Version).

⁵ Über das anfängliche "Zögern" von S. Šojgu vgl. Segodnja, 25.9.1999, und Vremja MN, 22.9.1999 (elektr. Versionen). (Bei dieser ersten Vorstellung der neuen Bewegung hat er übrigens betont, daß in letzter Zeit mehrfach "Vertreter vieler politischer Richtungen und Blöcke" mit ihm über eine Zusammenarbeit gesprochen hätten.) Vgl. dazu auch: Rossijskaja gazeta, 23.9.1999 (elektr. Version).

Tschernomyrdin und W. Ryshkow, haben die Chefs der Administration A. Woloschin und I. Schabdurasulow während der nächsten Tage wiederholt Verhandlungen geführt und dabei auch die Erfüllung der meisten gestellten Forderungen in Aussicht gestellt. Insbesondere war für Tschernomyrdin der Verzicht auf den ersten Listenplatz – und, wie sich herausstellen sollte, überhaupt auf einen Sitz in der Duma, an die Zusicherung gebunden, zum Beauftragten des Präsidenten für die Verhandlungen mit den internationalen Finanzorganisationen ernannt zu werden. Für Ryshkow war wichtig, daß das Programm und der Name von "Unser Haus Rußland" bei dem angestrebten Wahlbündnis gebührend Berücksichtigung finden würde. Unklar ist, wer die Forderung erhoben hat, B. Beresowskij solle – zumindest vorübergehend – von der politischen Bühne verschwinden, damit die neue Bewegung nicht mit diesem umstrittenen Politiker belastet werde. Tatsächlich hat der "Strippenzieher" am 24. September Rußland verlassen, um sich einer medizinischen Behandlung zu unterziehen.⁶

Ein Korrespondent des "Moskovskij komsomolec" behauptete in einem am 23. September veröffentlichten Artikel, konkreten Personen seien in der neuen Bewegung bestimmte Aufgaben übertragen worden. Für den Bereich "Ideologie" werde der Filmregisseur N. Michalkow verantwortlich zeichnen, für den Organisationsbereich A. Golowkow, der unter Ministerpräsident Gajdar Leiter des Regierungsapparats gewesen war und gegenwärtig als Leiter der größten staatlichen Versicherungsbehörde (Rosgosstrach) fungiert, und schließlich der legendäre Ölzar R. Abramowitsch für den finanziellen Bereich.⁷ Ein erster Höhepunkt der Formierung der "Jedinstwo" erfolgte am 27. September.⁸ Zunächst hatte der erste stellvertretende Ministerpräsident N. Aksjonenko alle Gouverneure zu einer Besprechung ins "Weiße Haus" eingeladen – signalisiert wurde zugleich, daß Putin eine richtungsweisende Rede halten werde. Trotzdem war vielen Gouverneuren das Ambiente nicht ausreichend genug, dem Vernehmen nach wären sie nur einer persönlichen Einladung Putins gefolgt. Die Anwesenden unterschrieben danach eine Erklärung und nahmen mit Schojgu an einer Pressekonferenz teil. Der gekürzte Vorsitzende verkündete unter dem Beifall der Gouverneure die Wahlkampfd devise der neuen "Partei der Macht": "Die Macht wird nicht geschenkt, sondern erobert. Wenn man die Macht erobert hat, dann gibt man sie nicht so einfach ab." Schojgu stellte ferner fest, daß die Gründung der neuen Organisation auch deshalb erfolgt sei, um den geeigneten Kandidaten für die Präsidentschaft zu unterstützen. Ausgesprochen positiv äußerte er sich über die Organisationen "Jabloko" und "Otetschestwo-Wsja Rossija". Die Brüder Tschernoj (Anführer einer kriminellen Organisation) hätten mit der Neugründung ebenso wenig zu tun wie B. Beresowskij. Festzuhalten ist, daß sich Schojgu relativ neutral über seine 15jährigen Erfahrungen der Zusammenarbeit mit Gefangenen auf sibirischen Baustellen äußerte – seine Ablehnung einer Zusammenarbeit mit solchen "Autoritäten" wie den Brüdern Tschernoj sei auch in diesem Kontext zu sehen. In der Erklärung der Gouverneure wird hervorgehoben:

Wir Gouverneure ... leiden unter der sich weiter unabsehbar hinziehenden Krise. Eine der Hauptursachen dieser Lage ist die Paralyse der Duma als eines sehr wichtigen Instituts der Staatsmacht. Die Duma ... hätte in diesem schwierigen Jahrzehnt die wesentlichen Gesetze für ein normales Leben in einem erneuerten Rußland erarbeiten müssen ... Die politisierenden Fraktionen haben verhindert, daß die Duma ihre Hauptaufgabe erfüllen konnte – ein Sprachrohr für die Erwartungen der Regionen zu sein. Deshalb haben wir die Verantwortung übernommen, die neue Duma in voller Übereinstimmung mit diesem dringenden Bedürfnis der Gesellschaft zu bilden: Die Gesetze Rußlands sind die Summe der Interessen der Regionen – und nicht der Moskauer politischen Elite oder der Parteiführer. Wir haben beschlossen ..., dem Führer

⁶ Über die Forderungen von Ryžkov und Černomyrdin vgl. Segodnja, 28.9.1999 und Nezavisimaja gazeta, 30.9.1999 (elektr. Version). Präsident El'cin hat am 29.9.1999 M. Zadornov von seinem Amt als Bevollmächtigter für die Gespräche mit den internationalen Finanzinstitutionen entbunden; Černomyrdin konnte bereits am gleichen Tag in den USA erklären, daß er die Chefs von IMF und Weltbank privat treffen werde. Auf die Ausreise von B. Berezovskij weist Vremja MN, 27.9.1999 (elektr. Version) hin.

⁷ Moskovskij komsomolec, 23.9.1999 (elektr. Version).

⁸ Berichte über die Veranstaltung am 27. September in: Kommersant-Daily, 28.9.1999, und in: Vremja MN, 27.9.1999; die Erklärung der Gouverneure in: Novye izvestija, 28.9.1999 (elektr. Versionen).

des Blocks "Überregionale Bewegung Jedinstwo", S. Schojgu, ... zum Sieg bei der Dezemberwahl zur Duma zu verhelfen.

Auf dem Kongreß der "Jedinstwo" am 3. Oktober sind einige kleinere politische Gruppen aufgenommen worden, während es nicht zur Vereinigung mit "Unser Haus Rußland" gekommen ist. Vor einem etwaigen "Vereinigungskongreß" müßten die Kandidatenlisten abgestimmt und die erforderlichen Unterschriften gesammelt werden – der späteste Termin für den Anschluß an eine bereits früher vom Justizministerium registrierte Organisation – dies die Voraussetzung für die Zulassung zur Wahl – ist der 24. Oktober 1999.⁹

Schojgu, am 21. Mai 1955 in der 1944 von der UdSSR annektierten Tuwa-Republik geboren, absolvierte ein Bauingenieurstudium in Krasnojarsk. Nachdem er sich ab 1988 als hauptamtlicher Funktionär im dortigen Gebietskomitee der KPdSU bewährt hatte, wurde er 1991, unter dem Regierungschef der RSFSR I. Silajew, stellvertretender Vorsitzender des Staatskomitees für Architektur und Bauwesen. Er initiierte die Gründung freiwilliger Rettungsgruppen, die bei Naturkatastrophen in allen Landesteilen herangezogen werden konnten. Im Mai 1991 wurde sein Vorschlag der Gründung eines Rettungscorps angenommen und er zum Vorsitzenden bestellt – drei Monate später wurde daraus das Staatskomitee für Ausnahmesituationen, das am 20. November 1994 zum Ministerium aufgewertet wurde. Waren der Kern des Corps zunächst etwa 2.000 zivile Spezialisten, so kamen 1991 20.000 Soldaten aus dem Bereich der Zivilverteidigung hinzu, später dann auch Militärpiloten und -taucher sowie andere Spezialisten. Einheiten dieses Ministeriums haben in den folgenden Jahren sowohl in Rußland als auch im Ausland (Bosnien-Herzegowina, Ruanda, Griechenland, Türkei) zahlreiche Einsätze erfolgreich absolviert – selbst Leiter der vergleichbaren US-Behörde sollen sich ausgesprochen positiv darüber geäußert haben. Für die Position Schojgus in den Regionen Rußlands ist von erheblicher Bedeutung, daß jeder Gouverneur gleichzeitig Chef des regionalen Stabs der Zivilverteidigung ist – und insofern auch direkte Verbindungen zum Ministerium für Ausnahmesituationen hat.¹⁰

Während viele russische Medien im September 1999 bemüht waren, Schojgu als unparteiischen, aber sehr effektiven Krisenmanager und schlechthin als den "Retter" zu präsentieren, sprechen einige biographische Details durchaus für bestimmte politische Neigungen Schojgus. Offenbar hat er sich im August 1991 und im Oktober 1993 sehr aktiv für die Durchsetzung des Jelzin-Kurses eingesetzt – so erhielt er 1992 den Orden "Für persönliche Tapferkeit" und im nächsten Jahr die Medaille als "Verteidiger des freien Rußland". Ende 1993 stand er zunächst auf der Kandidatenliste von "Wybor Rossii", wurde dann aber zurückgezogen; zwei Jahre später war er Mitglied des Organisationskomitees von "Unser Haus Rußland" bald danach – und bis heute – Mitglied des Politischen Rates dieser Bewegung. Als "Schlüsselereignis" im politischen Leben von Schojgu ist ein am 20. September 1999 erfolgter Empfang durch Präsident Jelzin zu bezeichnen: Schojgu wurde der "Goldene Stern" eines "Helden der Russischen Föderation" verliehen – womit erstmals seit 1993 wieder ein Minister diese hohe Auszeichnung erhielt. Jelzin stimmte dem Vorschlag Schojgus zu, der Vollversammlung der UNO die Einrichtung einer global einsetzbaren "Agentur für Ausnahmesituationen" vorzuschlagen. Schließlich erklärte sich Schojgu zur Übernahme der Leitung der "Jedinstwo" bereit. Eine Woche später ließ er sich – offiziell auf Veranlassung Putins – von seinem Ministeramt beurlauben, um diesen politischen Auftrag erfüllen zu können.¹¹

⁹ Itogi, 28.9.1999; Segodnja, 30.9.1999 (elektr. Versionen); Radio Rußland am 3.10.1999 nach Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 4.10.1999.

¹⁰ Informationen zur Biographie von Šojgu in: Kommersant-Daily, Moskovskaja pravda und Segodnja vom 21.9. sowie Rossijskaja gazeta vom 24.9.1999 (elektr. Versionen).

¹¹ Vremja MN, 23.9.1999 (elektr. Version). Nach diesem Bericht soll Präsident El'cin persönlich Šojgu von der Notwendigkeit der Übernahme dieser Funktion überzeugt haben. Weitere Informationen zur Karriere von Šojgu in: Komsomol'skaja pravda, Nezavisimaja gazeta und Rossijskaja gazeta vom 21.9. sowie Rossijskaja gazeta vom 24.9.1999 (elektr. Versionen).

Stand der Wahlkampagne

Auf die Frage, warum er sich mit seiner "Volks-Republikanischen Partei" nicht an der Duma-Wahl beteiligen wolle, antwortete der Krasnojarsker Gouverneur A. Lebed: "... Ich sehe keine Notwendigkeit zur Eile ... An den Wahlen zur Duma nehme ich bewußt nicht teil. Ich möchte nicht an einem Wettrennen politischer Gruppen teilnehmen. Attraktiv ist weder der Reiseweg noch der Endpunkt des Unternehmens ... Die nächste Duma wird alle 'berühmten' Traditionen der vorherigen erben und verstärken. Die prozentuale Verteilung der Fraktionen ist bedeutungslos ..." Gleichzeitig bekundete er freilich seine Entschlossenheit, aus den nächsten Präsidentschaftswahlen als Sieger hervorzugehen. Auch der Ministerpräsident versuchte die Bedeutung der Duma-Wahlen zu relativieren. In seiner Rede auf der geschlossenen Sitzung des Föderationsrates am 17. September 1999 rief Putin die Gouverneure dazu auf, gemeinsam mit der Regierung gegen den Terrorismus vorzugehen, während politische Ambitionen und der laufende Wahlkampf in den Hintergrund treten sollten: "Ich schlage allen Patrioten Rußlands vor, sich unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit über ihre prinzipielle Einstellung zu den Vorgängen im Land klar zu werden ... Ich empfehle den regionalen Machthabern, die Struktur ihrer eigenen Prioritäten zu ändern – zu diesem für das Land schwierigen Zeitpunkt auf politische Ambitionen zu verzichten und sich mit der Gewährleistung der Sicherheit der Bürger zu befassen."¹² Mancher, der für die fristgemäße Durchführung der Duma-Wahlen plädiert, erhofft sich dadurch eine Entschärfung gesellschaftspolitischer Konflikte. Anderenfalls, so der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission A. Weschnjakow, könne es zu gefährlichen Reaktionen kommen: "Wenn aber die Gesellschaft spürt, daß man ihr diese Möglichkeit nehmen will, so eskalieren die Konflikte wie ein Eiterherd, und am Schluß kann das Land explodieren."¹³

Der bereits erwähnte Weschnjakow machte am 27. September, dem ersten Tag der Registrierung föderaler Kandidatenliste von Wahlvereinigungen, deutlich, daß er von einem weitgehend geordneten Verlauf des Wahlkampfes und der Wahlen im Dezember ausgehe. Er hält es für denkbar, daß – ähnlich wie 1995 – über 40 Organisationen die Teilnahme an den Wahlen beantragen könnten, letztlich aber nur etwa 20 zugelassen werden. Die Zulassung hänge von der Korrektheit der eingereichten Unterschriften- und Kandidatenlisten sowie vom einwandfreien Einsatz der Wahlkampfgelder ab. Mit der Überprüfung der Kandidaten und der eingesetzten Wahlkampfmittel befaßten sich neben den Wahlkommissionen auch das Innenministerium, die Steuerpolizei und der Inlandsgeheimdienst FSB. Wenn von den Kandidaten einer föderalen Liste entweder einer der ersten drei oder über 25% aller Kandidaten falsche Angaben gemacht haben, werde die Liste gestrichen. Während es der Zentralen Wahlkommission gelungen sei, verdeckte und unzulässige Wahlwerbung in den zentralen Medien zu unterbinden, werde derartigen Aktivitäten in den Regionen meist nicht entgegengewirkt.¹⁴

Seine Überlegungen zum möglichen Einfluß der Organisierten Kriminalität auf die anstehenden Wahlen hat der Publizist I. Skakunow unter die Überschrift "Die Macht – Beute oder Ware?" gestellt und die Überzeugung geäußert, daß sich dieser Personenkreis zwar mit seinem Kapital, nicht aber persönlich an den Wahlen beteiligen werde. Ein führender Vertreter der Moskauer Organisierten Kriminalität bestritt in einem mit Skakunow geführten Gespräch, daß die Organisierte Kriminalität nach der Macht strebe und bemerkte zur bevorstehenden Wahl: "Uns ist es gleich, wer jetzt an der Macht ist und sie demnächst übernehmen wird. Gegenwärtig brauchen wir keine Strohmänner in die Wahlen zu schicken. Wenn es erforderlich ist, kaufen wir einen Abgeordneten und auch jeden beliebigen Beamten." Nach Einschätzung von Kriminologen, denen sich Skakunow anschließt, werden "... bei den kommenden Wahlen ehemalige Geheimdienstleute die führende Rolle spielen, sie haben verschiedene Fonds, Verbände, Assoziationen und sogar Institute für Wahluntersuchungen gegründet. Diese Personen, die über enorme Verbindungen im Milieu der Geheimdienste, der

¹² Argumenty i fakty, Nr. 38/1999, S. 3; Kommersant-Daily, 18.9.1999 (elektr. Versionen).

¹³ Segodnja, 28.9.1999 (elektr. Version).

¹⁴ Ebenda.

Kriminalität und der Rechtsschutzorgane verfügen, werden die künftigen Abgeordneten wie Figuren auf einem Schachbrett bewegen."¹⁵

¹⁵ Segodnja, 13.9.1999, S. 2.

Ausblick

Die Kampfhandlungen im Nordkaukasus und terroristische Aktionen in anderen Landesteilen dürften die Führung in den nächsten Monaten jederzeit in die Lage versetzen, das Fehlen minimaler Voraussetzungen für die Durchführung der Wahlen zu konstatieren. In einer Reihe mit der gegenwärtig erforderlichen überparteilichen Konsolidierung der gesunden Kräfte, wie sich dies aus Äußerungen von Premier Putin und aus den Umständen der Gründung der "Jedinstwo" ergibt, ist die am 29. September erfolgte Gründung eines "Nationalen Antikorruptionskomitees" unter Führung S. Stepaschins zu sehen.¹⁶ In der ersten Erklärung des Komitees, das von 35 Politikern verschiedener Richtungen, von Unternehmern und Publizisten getragen wird, wird die Korruption als "reale Bedrohung für die nationale Sicherheit Rußlands" bezeichnet und, als Folge der Tatenlosigkeit der Führung, "katastrophale Folgen bis zum Zerfall der russischen Staatlichkeit" prognostiziert. Offenbar soll dem Ausland und der eigenen Bevölkerung der Eindruck vermittelt werden, daß durch koordiniertes Vorgehen der Rechtsschutzorgane und einer solchen "gesellschaftlichen Initiative" der Korruption und allgemein der Kriminalisierung großer Bereiche in Wirtschaft und Politik Einhalt geboten werden könne. Damit soll aber auch deutlich gemacht werden, daß ein konsequenter Systemwechsel, wie er etwa von A. Lebed und dem Unternehmer O. Deripaska verlangt wird, nicht erforderlich sei.¹⁷

Die eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen politischen Gruppen Rußlands, deren weiterer Verlauf und Ausgang bislang nicht abzusehen sind, verweisen das Ausland auf die Rolle des passiven Beobachters. Die Moskauer Führung hat realisiert, daß das westliche Ausland und insbesondere die USA nach dem 17. August 1998 ihre Beziehungen zu Rußland neu definiert haben. Der Moskauer Publizist I. Malaschenko konstatierte Ende September, daß "nur Russen die Probleme Rußlands managen, die USA nicht wesentlich die innenpolitischen Entwicklungen Rußlands beeinflussen können". Und seine Empfehlung: "Washington sollte sich aus seinem Engagement für die Transformation Rußlands zurückziehen und sich auf den Erfolg oder das Scheitern von Rußlands eigenen Anstrengungen einstellen."¹⁸

Bernd Knabe

¹⁶ Nezavisimaja gazeta, 30.9.1999 (elektr. Version).

¹⁷ Interview mit A. Lebed' in: Argumenty i fakty, Nr. 38, 1999, S. 3. Vgl. zu O. Deripaska: B. Knabe, Aktuelle Analyse des BIOst Nr. 37/1999.

¹⁸ Newsweek, 4.10.1999, S. 4.